

Aktuelle Pressemitteilungen und Stellungnahmen

Pressemitteilungen

- 15-42 Offener Brief an Kanzleramt und zuständige Ministerien: djb fordert Ende der Blockade einer Reform des Sexualstrafrechts zur Umsetzung der Istanbul-Konvention des Europarats
- 15-41 Offener Brief der Initiatorinnen der „Berliner Erklärung“ an die Bundeskanzlerin
- 15-40 djb fordert Ende der Blockade gegen die Aufsichtsrätinnenrichtlinie: „Es ist Zeit für die EU-Richtlinie für Frauen in Leitungsorganen“
- 15-39 Frauen auf dem Weg nach oben – Schneller mit der Quote?
- 15-38 Verleihung des Marie-Elisabeth-Lüders-Preises 2015 an Dr.in Berit Völzmann
- 15-37 djb bestätigt Präsidentin Ramona Pisal für eine dritte Amtsperiode und wählt weitere Bundesvorstandsmitglieder
- 15-36 Juristinnenbund eröffnet 41. Bundeskongress in Münster: Recht auf eine selbstbestimmte Erwerbsbiografie: Gleichstellung – Arbeitszeit – soziale Sicherung
- 15-35 Gemeinsame Pressemitteilung von sechs Verbänden: Prostituiertenschutzgesetz: neue Gefahren statt Schutz
- 15-34 Aufsichtsrätinnenrichtlinie der EU: Kompromissvorschlag ist richtige Weichenstellung
- 15-33 Gemeinsame Pressemitteilung von Fachverbänden und Kammern: Gutachten im Familienrecht: Auf die Qualität kommt es an. Fachverbände definieren Mindestanforderungen
- 15-32 Juristinnenbund kritisiert Entwurf des geplanten Prostituiertenschutzgesetzes
- 15-31 Betreuungsgeld verfassungswidrig: Juristinnenbund begrüßt die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts
- 15-30 EU-Projekt platziert Gleichstellungsdebatte, wo sie hingehört: Auf die Jahreshauptversammlungen europäischer Großunternehmen
- 15-29 Die Zeit der Postkutschen ist vorbei – die Deutsche Post AG macht in Sachen Frauenförderung mit ihrer Logistik Tempo
- 15-28 Kulturwandel im DAX-Unternehmen: Bayer-Vorstand sucht richtige Balance zwischen Beruf und Privatleben

Stellungnahmen

- 15-15 zur bindenden Anordnung einer Testamentsvollstreckung in einem gemeinschaftlichen Testament oder Erbvertrag – Vorschlag des Deutschen Notarvereins
- 15-14 zum Konzept des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz zur Umsetzung der CSR-Richtlinie – Reform des Lageberichts vom 27. April 2015
- 15-13 des Landesverbands Nordrhein-Westfalen zum Gesetzentwurf der Landesregierung vom 19. August 2015 – Drucksache 16/9520. Gesetz zur Neuregelung der Rechtsverhältnisse der Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte im Land Nordrhein-Westfalen
- 15-12 des djb-Landesverbands Hessen zum Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Hessisches Gesetz über die Gleichberechtigung von Frauen und Männern und zum Abbau von Diskriminierungen von Frauen in der öffentlichen Verwaltung (Hessisches Gleichberechtigungsgesetz – HGIG), Drs. 19/2161 vom 6.7.2015
- 15-11 zum Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Gewährleistung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern unter den nicht geschäftsführenden Direktoren / Aufsichtsratsmitgliedern börsennotierter Gesellschaften und über damit zusammenhängende Maßnahmen (Ratsdokument 16300/14)
- 15-10 zum Referentenentwurf des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eines Gesetzes zur Regulierung des Prostitutionsgewerbes sowie zum Schutz von in der Prostitution tätigen Personen (ProstSchG-RefE)
- 15-09 zum Referentenentwurf des BMJV: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sachverständigenrechts und zu weiteren Änderungen des Gesetzes über das Verfahren in Familiensachen und in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (Stand: 29.5.2015)
- 15-08 zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Unterhaltsrechts und des Unterhaltsverfahrensrechts
- 15-07 in dem Verfahren des Bundesverfassungsgerichts 1 BvR 3309/13 – Recht auf Kenntnis der eigenen Abstammung

LAUFENDE INFORMATIONEN ÜBER DIE ARBEIT DES DJB

WENN SIE DIE ARBEIT DES DJB ZEITNAH MITVERFOLGEN MÖCHTEN UND AN AKTUELLEN INFORMATIONEN INTERESSIERT SIND, KÖNNEN SIE SICH UNSERE PRESSEMITTEILUNGEN, UNSERE STELLUNGNAHMEN UND/ODER UNSERE VERANSTALTUNGSANKÜNDIGUNGEN PER E-MAIL ZUSCHICKEN LASSEN. AUF DER FOLGENDEN INTERNETSEITE KÖNNEN SIE SICH FÜR DIE ENTSPRECHENDEN NEWSLETTER REGISTRIEREN: [HTTPS://WWW.DJB.DE/ST-PM/SERVICE/](https://www.djb.de/st-pm/service/).

SIE FINDEN DEN DJB AUCH AUF FACEBOOK!

Save the Date: Final Conference on 11th of February 2016 in Brussels

Gender Balanced Leadership European Women Shareholders Pave the Way

While many women hold first-line management positions at mid-management, female representation dramatically declines. The decision-making bodies of European listed companies are still dominated by men and men only. So where are all the women? Middle management is the key leakage point along the pipeline – this needs redress, including better management of the talent pipeline that leads to all management levels.

In order to progress corporate policies (and to inspire corporate culture change), we took action in 12 EU Member States by visiting more than 100 Annual General Meetings of the highest turnover companies in the first half of 2015. We demanded to know how the company would improve the percentage of women in decision-making positions faster and more effectively and asked pointed questions to Chairs and CEOs alike.

We will discuss the amazing and surprising results of our activities at the conference: what are the next steps for action? Do the results confirm the need for the implementation of European legislation with regard to women in decision making positions?

Join us at our final conference “European Women Shareholders Demand Gender Equality” on Thursday 11th of February 2016 at the premises of the Representation of Saxony-Anhalt to the EU in Brussels, Belgium.

Detailed agenda to follow soon: <http://www.ewsdge.eu/>.

18. und 19.02.2016, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Symposium: Braucht das deutsche Familienrecht einen fünften Güterstand?

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das in Deutschland geltende System der vier Güterstände Gütertrennung, Zugewinnngemeinschaft, Wahlgüterstand der Zugewinnngemeinschaft und Gütergemeinschaft ist im internationalen Vergleich alles andere als selbstverständlich. Wichtige Modelle aus anderen Rechtsordnungen sind die Errungenschaftsgemeinschaft und die Errungenschaftsbeteiligung. Daran anknüpfend hat die Commission on European Family Law vor einiger Zeit zwei Modell-Güterstände vorgestellt. Die Kennzeichen, Vor- und Nachteile der Errungenschaftsgemeinschaft oder der Errungenschaftsbeteiligung im Lichte des deutschen Güterrechts herauszuarbeiten, soll ein zentraler Aspekt dieses Symposiums sein und von Praktikern und Wissenschaftlern aus dem In- und Ausland beleuchtet werden. Es soll insbesondere der Frage nachgegangen werden, ob es Reformbedarf im deutschen Güterrecht gibt.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme und eine anregende Diskussion.

Ihre

Brigitte Meyer-Wehage

Prof. Dr. Katharina Hilbig-Lugani

Programm

Donnerstag, 18. Februar 2016

16:15 Uhr	Grußworte und Eröffnung, Prof. Dr. Katharina Hilbig-Lugani	17:00-17:45 Uhr	„CEFL-Prinzipien zu den vermögensrechtlichen Beziehungen zwischen Ehegatten“, Prof. Dr. Nina Dethloff, LL.M.
16:30-17:00 Uhr	„Defizite der lex lata“, Brigitte Meyer-Wehage, Direktorin am Amtsgericht	17:45-18:15 Uhr	Diskussion

Freitag, 19. Februar 2016

- 9:15-10:00 Uhr **„Die Errungenschaftsbeteiligung und -gemeinschaft am Beispiel der Schweiz“**,
Prof. Dr. Roland Fankhauser, LL.M.,
Rechtsanwalt
- 10:00-10:30 Uhr **„Die Errungenschaftsgemeinschaft am Beispiel Spaniens“**,
Katharina Miller, LL.M.,
Rechtsanwältin und Abogada
- 10:30-11:00 Uhr Diskussion
- 11:00-11:30 Uhr Kaffeepause
- 11:30-12:15 Uhr **„Mögliche Inhalte eines neuen Güterstands“**,
Dr. Gudrun Lies-Benachib,
Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht Frankfurt am Main
- 12:15-12:45 Uhr Diskussion
- 12:45-14:00 Uhr Mittagspause
- 14:00-14:30 Uhr **„Erfahrungen mit dem deutsch-französischen Güterstand der Wahl-Zugewinnungsgemeinschaft“**,
Eva Becker, Rechtsanwältin
- 14:30-15:00 Uhr **„Prinzipien des Vermögensausgleichs unter faktischen Lebensgefährten – Vorschlag einer Kodifizierung“**,
Prof. Dr. Katharina Hilbig-Lugani
- 15:00-15:30 Uhr Diskussion
- 15:30-15:45 Uhr **Schlusswort**
Brigitte Meyer-Wehage,
Direktorin am Amtsgericht

Referentinnen und Referenten

Eva Becker: Rechtsanwältin und Fachanwältin für Familienrecht, Berlin; Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Familienrecht im Deutschen Anwaltverein; Lehrbeauftragte an der juristischen Fakultät der Humboldt-Universität Berlin.

Prof. Dr. Nina Dethloff, LL.M.: Direktorin des Instituts für Deutsches, Europäisches und Internationales Familienrecht, Universität Bonn; Geschäftsführende Direktorin des Käte Hamburger Kollegs „Recht als Kultur“, Internationales Kolleg für Geisteswissenschaftliche Forschung.

Prof. Dr. Roland Fankhauser, LL.M.: Rechtsanwalt; Lehrstuhl für Zivilrecht und Prozessrecht, Juristische Fakultät, Universität Basel.

Prof. Dr. Katharina Hilbig-Lugani: Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Dr. Gudrun Lies-Benachib: Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht, 2. Familiensenat in Kassel des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main.

Brigitte Meyer-Wehage: Direktorin am Amtsgericht; Vorsitzende der Kommission für Zivil-, Familien- und Erbrecht, Recht anderer Lebensgemeinschaften m djb, Brake/Utw.

Katharina Miller, LL.M.: Rechtsanwältin und Abogada, Madrid.

Organisation & Anmeldung

wiss. Mitarbeiterin Kathrin Groth

Um Anmeldung bis spätestens 8.2.2016 wird gebeten.

per Telefon +49 (211) 81-10216

per E-Mail: kathrin.groth@uni-duesseldorf.de

Diese Veranstaltung bietet 6,25 Stunden fachrelevante Fortbildungszeit für eine Fortbildungsbescheinigung (§ 15 FAO).

Teilnahmegebühren

€ 70,00

Überweisung bitte an: Deutscher Juristinnenbund

GLS Gemeinschaftsbank eG

IBAN: DE66 4306 0967 1156 4928 00

BIC: GENODEM1GLS

Studenten/-innen und Doktoranden/-innen sind von der Entrichtung der Teilnahmegebühr entbunden.

Für Referendare/-innen gilt eine ermäßigte Anmeldegebühr in Höhe von € 35,00.

Veranstalterinnen

Brigitte Meyer-Wehage

Direktorin am Amtsgericht

Vorsitzende der Kommission für Zivil-, Familien- und Erbrecht, Recht anderer Lebensgemeinschaften im djb

Prof. Dr. Katharina Hilbig-Lugani

Lehrstuhl für Bürgerliches Recht, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Veranstaltungsort

Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Universitätsstraße 1, 40225 Düsseldorf

Gebäude 23.1 Hörsaal 3B

Anfahrt

Auto: Tiefgarage P3 oder Parkplatz P2

ÖPNV: Uni-Mitte: 731 / 735 / 827 / 835 / 836 / SB56 / NE7

Uni-Ost: 707 / U79